



Friedensregion Bodensee e.V.

NEWSLETTER

www.friedensregion-bodensee.de

Weiterleitung erwünscht!

Nr. 21 / September 2021

Liebe Friedensbewegte!

Die Ferien sind vorbei, das neue Schuljahr beginnt und die Politik ringt wieder verstärkt um einen angemessenen Umgang mit Corona. Diese Krise hat sich als hartnäckiger erwiesen, als viele von uns vor einigen Monaten noch gedacht haben. Zu ihrer Beschreibung und ihrem Verlauf reichen die üblichen Instrumente offensichtlich nicht mehr aus! Darüber berichtet Wolf Ritscher ausführlich in seinem Aufsatz „Die Zukunft nach Corona“, den ich für Sie zusammengefasst habe.

Jetzt im September stehen darüber hinaus noch die Bundestagswahlen an. Die Wahlprogramme der Parteien hat Wiltrud Rösch-Metzler in Ihrer Rede zum Antikriegstag unter die Lupe genommen. Der

zusammenfassende Artikel möchte Sie ggfls. bei Ihrer Entscheidung unterstützen und Ihnen die Wahl in friedenspolitischer Hinsicht erleichtern. Deshalb laden wir Sie zudem noch zum Wahlpodium nach Überlingen – siehe Plakat – ein, bei dem sich verschiedene Bundestagskandidaten unter der Moderation von Andreas Zumach zu den entsprechenden Inhalten ihrer Partei- und Wahlprogramme bekennen dürfen. Machen Sie sich ein Bild von den verschiedenen Auffassungen der Parteien und freuen Sie sich auf die kritischen Fragen des Moderators, die die uneingestanden Widersprüche und Leerstellen in den Programmen für Sie erkennbar machen werden. Mit dem Bericht über unseren Sommerausflug, Vivienne Waldrapps Gezwitscher und dem Mosaikstein zur Friedensbildung finden Sie den September-Newsletter abgerundet.

Beste Grüße
Martina Knappert-Hiese

Bitte schon mal vormerken

INHALT

Zum Newsletter Nr. 21	1
„Wie haltet Ihr's mit dem Frieden?“ Die Wahlprogramme unter friedenspolitischer Lupe	2
Zum Ausflug ans Bächle	3
Mahnwache zum Gedenken an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki	4
Nachrichten aus dem „Grand Hotel Abgrund“ Die Zukunft nach Corona	5
Grand Hotel Abgrund – seien wir ehrlich: es ist längst 10 nach 12!	6
Friedensmosaikstein VIII: Warum so bescheiden? Die Kunst des Sowohl-als-auch	8
Kolumne: Vivienne Waldrapp zwitschert	9
Aktuelles	11
Termine/ Impressum	12

Überparteiliche Podiumsdiskussion

zur Bundestags-Wahl:

Friedenspolitik auf dem Prüfstand
Krieg oder Frieden
vorbereiten?
Wohin wollen die Parteien uns führen?

Donnerstag, 16. Sept. 2021, 19:30 Uhr, Kursaal Überlingen

Mit **Andreas Zumach**
- UNO-Korrespondent in Genf a.D., freier Journalist (taz u.a.)
- Moderator des Abends



und den Bundestags-Kandidaten:



CDU
Christian Natterer



SPD
Leon Hahn



Grüne
Sebastian Lederer



LINKE
Tobias Pflüger



FDP
Benjamin Strasser

Eintritt frei. Um Spenden zur Deckung der Kosten wird gebeten.

Veranstalter:

FriedensRegion Bodensee e.V. Überlingen



In Kooperation mit
DFP, W.
IPFW
und
dem Friedensrat der Evang. Kirchengemeinde

Ostermontag, 18. April 2022

**Internationaler
Bodensee-
Friedensweg** in Bregenz
www.bodensee-friedensweg.org





Die Wahlprogramme unter friedenspolitischer Lupe

Wie haltet Ihr's mit dem Frieden?"

von Martina Knappert-Hiese

Zum **Antikriegstag am 1. September** in Friedrichshafen hielt die Vorsitzende von *pax christi* im Bistum Rottenburg-Stuttgart – Wiltrud Rösch-Metzler – eine beeindruckende Rede, da sie nicht nur die **Aussagen der Wahlprogramme** zusammenfasste, sondern diese thematisch gliederte. Dabei folgte die Gliederung ihres Textes den von der Friedensbewegung kritisierten Sachverhalten, die im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung unbedingt auch auf Wahlkampfveranstaltungen zu thematisieren sind.

Bereits der erste Satz dürfte von vielen Bürger*innen als Ungeheuerlichkeit zur Kenntnis genommen werden, lautet er doch „Deutschland führt Krieg“. Wegen des Terrors durch die Anschläge vom 11. September aus Solidarität mit den USA eine Militärintervention in Afghanistan gutzuheißen, entspricht absolut keinem geeigneten Mittel! Zwar hat das Bundesverfassungsgericht bereits 1994 entschieden, dass die Bundeswehr bei Vorliegen eines UN-Mandates eingesetzt werden kann, doch bleibt der Widerspruch zum Grundgesetz (Art. 24) definitiv bestehen, das lediglich ein „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ vorsieht. Diese soll und kann mit einer Intervention kaum gebildet werden. Parallel zu diesem Eingreifen wurde auch das gängige Narrativ erweitert, indem die Politik flugs eine neue „Erzählung“ erfand, die sich mit Fakten jedoch nicht belegen lässt. Doch zahlreiche Deutsche glauben deshalb bis heute, dass Deutschlands Verantwortung durch die Wiedervereinigung tatsächlich größer geworden ist. Dagegen wendet sich die Rednerin, indem sie zwei verlorene Weltkriege als vertane Chance einer zivilen und friedlichen Verantwortungsübernahme anführt. Sie unterstreicht zudem, dass sich ausschließlich die Partei DIE LINKE weigert, Regierungsverantwortung zu übernehmen, wenn weiterhin Kriege und Kampfeinsätze durch Bundeswehr-Beteiligung möglich sein sollten. Wegen dieser Weigerung gibt es einen Konsens unter den anderen Parteien, möglichst keine Koalition mit der Linken einzugehen. Dennoch bezeichnet sich neben dieser auch noch die SPD explizit als Friedenspartei. Die einst pazifistischen GRÜNEN hätten längst gelernt, was zu tun und sagen ist, um koalitionsfähig zu sein – wie die Rednerin bemerkte. Im Hinblick auf bestehende Bundeswehreinätze auf drei Kontinenten fordert allein die LINKE, alle stationierten 2500 Soldat*innen dauerhaft zurückzuziehen.

Doch was wollen die anderen Parteien?

Die GRÜNEN fordern ein Konzept der „Schutzverantwortung“ und verstehen darunter, dass Truppen primär „präventiv“ eingesetzt werden bzw. den Wiederaufbau unterstützen. Dennoch wird



ein Eingreifen gegen den Willen der Regierung eines Landes nicht per se ausgeschlossen, z.B. um Völkermord zu verhindern. Das Konzept hat einen weiteren Makel, da es nicht kompatibel mit der UN-Charta ist.

CDU/CSU und FDP sind für ein „robustes Mandat“, das sowohl Kampfeinsätze als auch Friedensmissionen möglich machen soll. Dazu wird die EU zu einer „Sicherheitsunion“ ausgebaut, die EU-Missionen erfüllt und über ein Hauptquartier verfügt. Bei der FDP werden die Überlegungen zu einer europäischen Armee unter dem Schlagwort „Verteidigungsunion“ erörtert, die durch eine zivil-militärische Zusammenarbeit funktionieren soll, beispielsweise in der Handels- und Außenpolitik. Was hier klar fehlt, ist das Bekenntnis zu gemeinsamen Sicherheits- und Abrüstungsvereinbarungen.

Falls Deutschland tatsächlich **2% des BIP für Rüstung** ausgeben würde, käme das einer **129prozentigen Steigerung** gleich. Nach den USA hätten wir dann den zweitgrößten Verteidigungshaushalt! Beim 2%-Ziel der NATO handelt es sich allerdings lediglich um eine politische Willensbekundung ohne rechtliche Bindungswirkung. Dennoch beharren CDU/CSU auf 2% des BIP! Die jetzige Regierung hat den Verteidigungshaushalt bereits auf knapp 50 Mrd. Euro erhöht und nur die LINKE will ihn wieder senken. Ausdrück-

lich lehnt sie zudem das deutsch-französische Kampfjet-Projekt FCAS (Future Combat Air System) ab, das mit vernetzten Kilderdrohnen ausgestattet werden soll. Ins Wahlprogramm hat es daher die sinnvolle Einschätzung geschafft, dass **Sicherheit nicht ohne konsequente Friedenspolitik und globale Gerechtigkeit** herzustellen ist! Zudem unterbreitet die LINKE einen konkreten Abrüstungsvorschlag.

Warum sich Abrüstung im Zusammenhang von Atomwaffen kaum verwirklichen lässt, hängt mit dem Konzept der „**Nuklearen Teilhabe**“ zusammen, das Deutschland im Kriegs- oder Krisenfall zur **Unterstützung mit Tornado-Jets** verpflichtet. Diese sollen bald durch F-18-Bomber ersetzt werden. Auch lagern noch immer ca. 20 US-Atomwaffen in der Eifel (Büchel). Die **CDU** will die nukleare **Teilhabe in der NATO** fortsetzen, unterstützt den **nuklearen Schuttschirm der USA** und setzt auf das veraltete **Konzept der Abschreckung**. Das lehnt die LINKE logischerweise ab! **CDU und FDP** sind sich darin einig, dass es angesichts der Bedrohung von außen eines **Nationalen Sicherheitsrates** bedürfe, der für Strategiebildung zuständig sein soll. Der „**Feind**“ **wird in Russland** verortet, während die **GRÜNEN** ihn eher mit **China** verbinden. Auch die

CDU traut China zu, die **internationale Ordnung** nach seinen eigenen Vorstellungen umzugestalten. Die **SPD unterstreicht**, dass es einer Diskussion mit Russland bedarf, weil es **Frieden nur mit Russland** geben kann! Die **LINKE bedauert**, dass sowohl **China als auch Russland von der NATO als Feinde** beschrieben werden.

Bewaffnete Drohnen bieten für die **SPD** einen guten Schutz und sollen eingesetzt werden. Ähnlich äußern sich die **GRÜNEN**, wobei sie kritisch anmerken, dass Bündnispartner damit **extralegale Tötungen** durchgeführt hätten. Während die **FDP sich nicht** dazu **äußert**, ist die **Bewaffnung mit Drohnen** für die **CDU selbstverständlich**. Die LINKE wendet sich explizit gegen die Steuerung von Kampfdrohnen von der Militärbasis Ramstein aus und lehnt den Einsatz von künstlicher Intelligenz zur Steuerung des FCAS definitiv ab.

Positiv merkt die Rednerin an, dass sie in verschiedenen Wahlprogrammen auch von einer **Stärkung der OSZE, einer Rüstungskontrolle für Cyber- und Autonome Waffen, einer stärkeren Einbeziehung von Frauen in Friedensgespräche** u.ä. nennenswerten Ansätzen gelesen habe.

Zum Ausflug ans Bächle

von Martina Knappert-Hiese

Der diesjährige Jahresausflug führte die Mitglieder und Freunde der Friedensregion Bodensee ins landschaftlich schöne Linzgau, weitab vom sommerlichen Trubel des Sees. Einen geeigneten Ort zu finden, stellte sich bei den vorbereitenden Planungen allerdings als recht schwierig heraus. Das dürfte eben auch auf die geltenden Corona-Auflagen zurückzuführen sein! Brigitte Ehrich und Jürgen Dornis haben sich deshalb dankenswerterweise bereit erklärt, dem Verein ihren Garten in Herdwangen-Schönach zur Verfügung zu stellen, wo sie in einem ansprechend renovierten, gemütlichen Bauernhaus leben. Die Anreise haben viele allerdings nur mit einem funktionierenden Navi hinbekommen, sie stellte sich nämlich durchaus als Reise durch unbekannte Regionen dar. Eine weitere Hürde galt es beim Betreten des Gartens zu überwinden, der sich mit einer ansprechenden grünen Ebene präsentierte, die erst bei genauem Hinsehen den vollständig mit einer kleinblättrigen Wasserpflanze bewachsenen Teich erkennen ließ. Dass es sich dabei keineswegs um eine begehbare Fläche handelt, hat nicht nur die Verfasserin erst im letzten Augenblick mitbekommen. Wie die Adresse „Am Bächle“ bereits erahnen lässt, wird das Grundstück denn auch von einem solchen begrenzt. Nachdem wir alle schließlich trockenen Fußes am Teich vorbei den „festen“ Garten erreicht hatten, wurden wir mit Kaffee und selbstgebackenem Ku-



chen begrüßt. Im Schatten von Bäumen und Sträuchern fanden alle Besucher*innen ihren Platz am Tisch und waren sehr schnell in Gespräche und Diskussionen vertieft. Später entzündete der Gastgeber den zuvor kunstvoll aufgeschichteten Holz- und Reishaufen, damit wir unsere mitgebrachten Grillsachen auf dem Rost über der Glut garen konnten. Dank der gelungenen Vorbereitungen, der kühlen Getränke und der mitgebrachten leckeren Speisen haben wir einen gelungenen Ausflug gemacht bzw. ein tolles Sommerfest erleben dürfen, für das Brigitte und Jürgen unser aller herzlichster Dank gebührt!

Mahnwache zum Gedenken an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

von Martina Knappert-Hiese

Ein deutlich gelungenes Zeichen für atomare Abrüstung konnten Heiner Schuster, Bene Liehl, Tim Günther, Christian Harms und Bernd Wipper mit einer Mahnwache in der Radolfzeller Fußgängerzone setzen. Erfreulich, dass es diese Aktion am 09.08. auch in den Südkurier geschafft hat. Da es sich bei den Engagierten ausnahmslos um Pensionäre handelte, die teilweise schon vor Jahrzehnten für dasselbe friedenspolitische Anliegen auf die Straße gegangen sind, wird deutlich, dass die Gesellschaft auf einen Wendepunkt zusteuert. Bei der Mahnwache ging es darum, an den Tod Zigtausender zu erinnern, deren Leben bei den amerikanischen Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki auf grausame Weise ein jähes Ende fand. Im Interview kam die große Ratslosigkeit der Beteiligten zum Ausdruck, die darüber klagen, dass sich nur Weniges zum Guten zu verändern scheine. Bei ihren Gesprächen mit den Passanten sammelten



sie auch Unterschriften dafür, dass Deutschland endlich dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten möge. Ein Plakat erinnerte daran, dass die Menschheit dem atomaren Holocaust nur durch eine Mischung aus Glück, Sachverstand und göttlicher Fügung entkommen sei. Das gezeigte Banner der Rüstungsbetriebe rund um den Bodensee wies zudem darauf hin, dass wir inmitten eines Rüstungsclusters leben.





Die Zukunft nach Corona

Nachrichten aus dem „Grand Hotel Abgrund“

Rezension von Martina Knappert-Hiese

Der Aufsatz von Wolf Ritscher, emeritierter Professor für Familientherapie und -Beratung an der Hochschule Esslingen, wird 2022 in der Fachzeitschrift KONTEXT erscheinen und wurde vorab anlässlich einer Fortbildung für Therapeuten verteilt. Potentielle Erwartungen, darin womöglich sinnvolle Hinweise auf einen Corona-spezifischen Zugang zu Ratsuchenden zu finden, erfüllt der Text aber keineswegs. Mit dem Grand Hotel Abgrund werden übrigens die Philosophen und Wissenschaftler der so genannten Frankfurter Schule bezeichnet, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihren Theorien einen intellektuellen Neuanfang bescherten.

Ritscher beginnt seine Überlegungen unter der Überschrift „**Die ökologische Sackgasse**“. Er fängt mit Matthias Horx und seinem 2020 erschienenen Buch „Die Zukunft nach Corona“ an, das er mit jüngeren Äußerungen Watzlawicks und Jonas vergleicht. Allen drei Autoren ist seiner Meinung nach gemeinsam, dass sie Krisen wie die der jetzigen Pandemie eine Doppelgesichtigkeit zuschreiben. Das meint, dass Krisenereignisse entweder zu neuen Entwicklungen führen oder aber altbackene Handlungsmuster fortsetzen. Letztere seien seit dem Auftauchen des Virus nicht mehr zu übersehen und würden die Gesamtsituation weiter verschlechtern. Ritscher bedauert, dass die meisten Menschen sich nicht gegen die eigene Lust und Bequemlichkeit entscheiden sondern eher so lebten, als hätten sie eine zweite Welt im Kofferraum. Er kritisiert, dass die Politik auf „diskursive Verständigung“ setze, anstatt auf Zwang, der in „Du-Sollst-Sätzen“ formuliert werden müsste. Kants Forderung nach dem Mut zum Selberdenken mache allerdings wenig Sinn, weil wir alle um den Zustand kurz vor der Sintflut wissen, in dem sich die Bewohner der Südsee längst befänden. Deshalb bedürfe es weiter gehender Prinzipien, die wir in unserem Alltag befolgen könnten. Es wird unterstrichen, dass heutige Philosophen durchaus davon sprechen, dass es daher einer neuen Aufklärung bedürfe, weil Kant und Co. den Status quo eine Pandemie nicht vorhersehen konnten.

In Teil Zwei geht es Ritscher um „**Dialektik als Modell der Wahrnehmung und Beschreibung von Entwicklungsprozessen**“, die mit den Philosophen der Aufklärung zunehmend in das Alltagsbewusstsein der Gesellschaft eingezogen ist und eben auch unser heutiges wissenschaftliches Weltbild ursächlich begründet. Der aktuell wirksame und auf Hochtouren laufende militärisch-industrielle Komplex lässt sich ohne diese Entwicklungen nicht denken, die mit der Aufklärung begonnen haben. Ritscher zufolge bedeutet

das, dass unser Denken, Wahrnehmen und Erkennen durch Unterscheidungen strukturiert ist. Das leuchtet ein: Anhänger der AfD sehen Schuldige und Verursacher für eine Situation, zu deren Beschreibung der eigene Intellekt nicht mehr ausreicht! Ausländerfeindlichkeit, Judenhasse, kriegerische Auseinandersetzungen und Schlägereien unter Hooligans, um nur einige Beispiele zu nennen, sind als ein Ausdruck dafür zu werten, dass menschliches Denken und Erkennen nicht ausreichen, um eine friedliche Lösung zu finden.

Was Wolf Ritscher in seinem Text auflistet, ist eine grandiose Übersicht erkenntnistheoretischer Schulen, die im Bereich Psychotherapie und Sozialarbeit offensichtlich zum Curriculum gehören, das Studierende dieser Fächer zu interessieren hat. Die Quintessenz dieser „Theorie menschlicher Erkenntnisprozesse“ lautet, dass sie sich nicht auf die Welt von heute anwenden lässt. Denn in dieser Welt gibt es keine klassischen Gegenüberstellungen mehr: von Gut und Böse, Freund und Feind, Opfer und Täter oder Herr und Knecht! Herr und Knecht ist dabei auch eine Anspielung auf Hegel und Marx, dessen ökonomische (materialistische) Theorie Ritscher als eine Fortsetzung von Hegels idealistischem Denken versteht. Beide folgten einem Entweder-oder-Muster. Angewendet auf die therapeutische Arbeit bedeuten diese Überlegungen aber eben auch, dass die angebotenen Methoden und Prozesse keine Lösung für gestresste Gegenwartsmenschen aufzeigen und wenig zu deren Gesundung beitragen. Menschen mit einem therapeutischen Unterstützungsbedarf sind zudem häufig von speziellen Härten betroffen, die sie nicht selber verschuldet haben: Armut, soziale Ungleichheit, Beschämung durch Hartz IV, Mobbing, sexuelle Gewalt, chronische Abwertung wg. unkonventionellem Leben usw. Diese Beeinträchtigungen sind in einer Gesellschaft entstanden und wirksam, in der 15-20% der Menschen an oder unterhalb der Armutsgrenze leben und 10% der reichen Leute über 90% des Volkseinkommens verfügen. Ritscher schließt hier Forderungen nach einem besseren Betreuungs- und Bildungssystem an und fordert ein Steuersystem, das höhere Einkommen stärker heranzieht. Zudem hält er neben dem Bürokratieabbau die Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen für sinnvoll.

Der dritte Teil seines Aufsatzes trägt die Überschrift „**Corona als gesellschaftliche Krise**“. Dazu stellt er eine Graphik auf, ein Modell für Entwicklung und Krisen, über das er uns alle zu diskutieren auffordert. Seine Überlegungen hat Ritscher in ein Flussdiagramm



übertragen, das die Wechselbeziehungen zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, zudem den Bereich der Kultur skizziert. Dabei befinden sich zwischen diesen Eckpunkten noch die beiden Bereiche Lebenswelt und Alltag sowie Private Lebensformen. Für diese 6 Bereiche gilt insgesamt, das sie sowohl untereinander in Verbindung stehen als auch für sich - je einzeln genommen - einer notwendigen Veränderung unterworfen sind. Das Corona-Virus stelle grundlegende Prinzipien unserer Gesellschaft in Frage und stoße uns darauf, dass Transformationsprozesse notwendig werden und unabdingbar sind. Aktuelle Diskussionen wirkten häufig ideologisch und rissen tiefe Gräben auf, einhergehend mit einer Zunahme von verbaler und tatsächlicher Gewalt. Es gehe immer um Grundlegendes: Wie sieht Normalität heute und in Zukunft aus? Mit welchen neuen Regeln kann es gelingen, einen ausgeglichenen Zustand zwischen „penibler Ordnung“ einerseits und „Chaos“ andererseits herzustellen? Wieviel Ungleichheit verträgt eine Gesellschaft? Müssen Menschen möglicherweise neu erlernen, sich verstärkt auf die eigene subjektive Wahrnehmung zu verlassen? Ritscher geht davon aus, dass weitere Krisen notwendig werden, bis die Gesellschaft insgesamt gelernt hat, gerechte Lebensbedingungen für alle zu schaffen. Dass es in unserer Gesellschaft keineswegs gerecht zugeht, hat die Corona-Krise bereits deutlich gezeigt! Ritscher hofft, dass die Gesellschaft durch weitere Krisen lernen wird, die notwendigen Änderungen anzustoßen.

Unter der simplen Überschrift „Zukunft“ widmet er sich zuletzt dem ausufernden Kapitalismus unseres Zeitalters und skizziert

dessen spezifische Merkmale. Marx habe nicht voraussehen können, dass trotz zweier Weltkriege für uns keineswegs das Massenelend zum größten Problem anwache, sondern stattdessen eine immense Ausweitung der Kaufkraft, die typisch für das 20. und begonnene 21. Jahrhundert sei.¹⁾ Damit werde offensichtlich zudem auch die Profitrate des Kapitals gesichert, was wiederum bedeute, dass eine ökologisch sinnvolle Konsumbeschränkung kaum durchsetzbar ist. Zudem sei zu bedenken, dass gesellschaftliche Entwicklungen nicht von Wirtschaftsinteressen bestimmt, sondern von der Willensbildung im öffentlichen Diskurs, also von Exekutive, Legislative und Jurisdiktion beeinflusst werden müssten! Mit abschließenden Hinweisen zum System Familie und seiner Bedeutung für Krisenzeiten endet der Fachaufsatz. Für unsere friedenspolitischen Bemühungen sind seine Überlegungen deshalb hilfreich, weil er sich um die negativen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Schwächsten in der Gesellschaft sorgt - wie es auch die Friedenspolitik im Allgemeinen und die Friedensbewegung im Besonderen tun.

¹⁾ Ritscher übersieht allerdings, dass das Massenelend längst zu einer bedingstigen Realität vieler Bewohner des globalen Südens geworden ist, die mit der Abkürzung MAPA umschrieben wird: most affected people and areas – die am meisten von der Klimaveränderung betroffenen Menschen und Regionen. Außerdem hat die Finanzkrise 2008 deutlich gezeigt, dass Kaufkraft alleine weder für Individuen noch für die Gesellschaft segensvoll sein muß. Im Gegenteil: wegen überbewerteter Immobilienpreise und leichtfertig vergebener Kredite gerieten 2008 in Folge der Amerikanischen Subprime-Krise ganze Volkswirtschaften ins Wanken! Global betrachtet dürfte Marx also sehr wohl Recht behalten haben.

Grand Hotel Abgrund* – seien wir ehrlich: es ist längst 10 nach 12!

Gedanken von Frieder Fahrbach und Martina Heise

Ambitionierte Klimaziele und ein New Green Deal legen nahe, dass es noch Zeit gäbe, den Klimawandel und die Erderwärmung durch den Einsatz moderner Technologien aufzuhalten. Dabei zeigen uns Unwetterkatastrophen wie im Juli unmittelbar vor unserer Haustür, dass die Klimakrise längst bei uns angekommen ist, viele Opfer fordert und außerdem Milliardenkosten verursacht.

Ist es nicht höchste Zeit für eine ‚neue Ehrlichkeit‘ in der Klima- und Friedensdebatte, dahingehend, dass unser Raumschiff Erde bereits leckgeschlagen ist und geflutet wird. Dennoch spielt die Bordkapelle tapfer weiter – schließlich galt die Titanic unsinkbar.... Und heute? „Die Menschheit hat immer noch eine Lösung gefunden“, hieß es kürzlich in einer Diskussion. Welch ein Irrtum:

in der Vergangenheit sind einige Weltreiche und ihre Kulturen untergegangen, haben riesige Völkerwanderungen stattgefunden. Allerdings im Gegensatz zur heutigen Situation räumlich begrenzt - heute sind wir mit einem globalen Problem konfrontiert.

Der **Welterschöpfungstag** fiel dieses Jahr auf den 29. Juli – seither leben wir auf Kosten zukünftiger Generationen und anderer ‚sparsamerer‘ Länder, die nicht so viele Ressourcen verbrauchen wie die Länder des globalen Nordens. Unser ökologischer Fußabdruck ist weltweit im Schnitt 1,7-fach zu groß, in Deutschland jedoch dreimal zu groß. Statt maximal durchschnittlich einer Tonne CO² pro Kopf, um das 1,5 Grad Ziel maximaler Erderwärmung einzuhalten, emittieren wir im Schnitt pro Kopf 12 Tonnen jährlich.



Wie können wir diesen Überschuss von 11 Tonnen abbauen, wie soll die notwendige globale gerechte Reduktion erreicht werden? Unvorstellbar bei unserem Energiehunger (oder besser-gier?). Allein die favorisierte E-Mobilität erfordert unglaubliche Mengen an zusätzlichem Strom. Über die enorme Steigerung des Energieverbrauchs durch Digitalisierung wird bisher auch kaum gesprochen. Ehrlich – wie soll das gehen bei weiter rasant steigender Weltbevölkerung mit wirtschaftlichen Wachstumserwartungen? Werden Klima- und Nachhaltigkeitsziele damit nicht obsolet? Und werden die nötigen Finanzmittel für Klimaschutz und Frieden nicht in andere – weniger produktive- Bereiche wie das Militär gelenkt?

Selbst bei bestem Willen, den man dem Dreigestirn Politik – Wirtschaft – Konsument*innen höchstens in Wahlkampfreden zusprechen möchte, ist ohne eine ‚Vollbremsung‘, ohne eine radikale Reduktion, fachlich **Suffizienz** genannt (ein bisher kaum bekannter Begriff), die Erderwärmung nicht aufzuhalten. Die Auswirkungen all unserer Bemühungen sind in der Natur ja nicht sofort wirksam. Die Risiken der sogenannten **Kipppunkte** – wenn ein Prozess nicht mehr reversibel ist wie bei der Eis- bzw. Gletscherschmelze mit massiven Folgen für den Meeresspiegel und die globalen Meeres- und Luftströmungen – sind schwer einschätzbar, weil sie Kettenreaktionen auslösen mit Folgen für weitere Krisenentwicklungen und Fluchtbewegungen.

Wie ernst steht es um uns? inzwischen sagen viele Stimmen: wir müssen uns auf sehr schwierige Verhältnisse einstellen. Wenn wir nicht sofort freiwillig handeln, wird uns die Natur ohne jede Rücksicht dazu zwingen. Die Kosten werden immens viel höher, weil wir immer ‚hinterher hinken‘ und die Schäden aufräumen müssen. Die Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen – lauten und spektakulären ebenso wie ganz stillen – könnte uns unserer lieb gewordenen Freiheiten berauben. Müssen wir vielleicht unser Verständnis von Freiheit grundsätzlich überprüfen?

Wie ist es zu verstehen, dass wir – pardon, natürlich immer die Anderen... - angesichts der eskalierenden Klimasituation immer noch wegschauen und weitermachen wie bisher? Die Titanic läuft doch schon voll! Die Musik spielt weiter...

Ein Erklärungsansatz hierfür könnte sein, in unserer Gesellschaft von einem **kollektiven Suchtverhalten** auszugehen: wider besseres Wissen wird immer weitergemacht, die Dosis erhöht und immer mehr vom zerstörenden Stoff konsumiert. Dann brauchen wir dem Dilemma nicht ins Auge sehen. Ist Wachstum und Konsum (auch von technischer Innovation) eine Droge, um den Weg in die Sackgasse und die drohende Gefahr zu verdrängen?



Rialto-Brücke, Venedig (Foto: Gode Nehler)

Selbst Wiederaufbau kann ja dazu dienen, einer erschreckenden Realität nicht ins Auge sehen zu müssen und notwendige Besinnung und Trauer über die entstandenen Schäden zu vermeiden.

Was wäre zu tun, wenn wir in einem Suchtprozess gefangen sind? Natürlich ist es wichtig und richtig, in allen Bereichen etwas zu verändern und damit Symptome des übersteigerten Wachstums zu beseitigen. Diese Bemühungen bleiben jedoch wirkungslos, wenn das Grundprinzip „Wachstum um jeden Preis“ unverändert weiterbesteht. Ein Systemwandel ist dringend notwendig, um nicht wie Don Quichote gegen die ‚Megamaschine‘ anzukämpfen. Für derartig grundlegende Richtungswechsel müssten wir allerdings wirklich betroffen sein und erschüttert werden angesichts der Ertrinkenden im Mittelmeer oder in den vollgelaufenen Kellern in unserer Nachbarschaft. Daraus könnte sich die Kraft und Entschlossenheit zur Veränderung entwickeln.

Aber sind wir als Gesellschaft kollektiv so abgestumpft, dass uns die Schicksale und Verluste bei Menschen und in der Natur emotional nicht mehr erreichen? Nach dem 2. Weltkrieg wurde von der (Un-)Fähigkeit zu trauern gesprochen, das erschütternde Ereignis wirklich an sich heranzulassen. Die Bereitschaft zu trauern, zum Mitempfinden und Berührt sein wurde schnell wieder im Wirtschaftswunder und dem zunehmenden Konsumrausch ‚verkauft‘.

Vielleicht brauchen wir zuerst einen **sozialen und emotionalen Klimawandel**, bevor wir den globalen Klimawandel und die damit verbundene Gefahr für den Frieden ernsthaft angehen. Eine neue Mitmenschlichkeit, Genügsamkeit und Demut ist angesagt.

** ein Begriff der Frankfurter Schule aus den 30er Jahren.*



Friedensmosaikstein* VIII: Warum so bescheiden? Die Kunst des Sowohl-als-auch (Dialogprozesse II)

von Brigitte Ehrlich

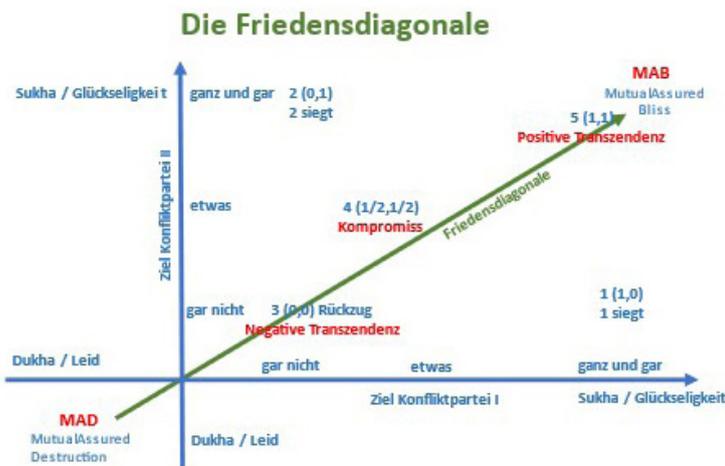
„Um des lieben Friedens willen muss jeder ein Stück weit nachgeben“. Kompromissbereitschaft gilt als die Königstugend zur Lösung von Konflikten. Johan Galtung – einer der bedeutendsten Friedensforscher und -praktiker – rief den Konfliktparteien jedoch oft zu: „Warum so bescheiden? Stecken Sie Ihre Ziele höher!“. Für ihn sind Kompromisse zwar nicht immer zu vermeiden, anzustreben sind sie jedoch niemals. Denn Kompromiss ist „der Konsens darüber, dass das Ergebnis niemanden zufrieden stellt“ – eine brüchige lose-lose-Lösung. Die von Johan Galtung entwickelte Transcend-Methode ist die Kunst, ein Entweder-Oder in ein Sowohl-als-auch zu transformieren – daher der Begriff Konflikttransformation. Ein wichtiges Werkzeug der Transcend-Methode ist die Friedensdiagonale:

Jeder Art der Konfliktbearbeitung entspricht eine spezifische Methode:

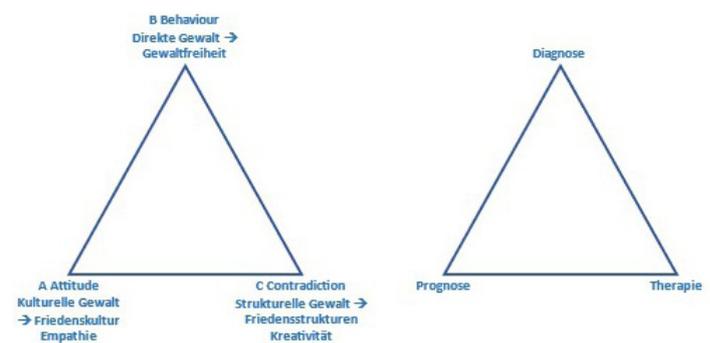
Eine Seite setzt sich durch	a) Gewalteinsatz b) Gerichtsurteil, Schiedsspruch
Rückzug	Konfliktvermeidung, Realitätsverleugnung
Kompromiss	Verhandlung
Transcend	Dialog

Zwei Dreiecke als Hilfsmittel zur Konflikttransformation

Der Transcend-Ansatz ist am weitesten von einer Technik der „Konfliktlösung“ entfernt. Es geht um nicht weniger als um die Schaffung einer neuen Realität. Konflikttransformation „entbettet“ den Konflikt von dort, wo die Konfliktparteien ihn angesiedelt haben, und bettet ihn in einen neuen Rahmen ein. Die Konfliktarbeiter*innen führen mit allen Konfliktparteien zunächst einzeln Dialoge, in denen die Konflikte einer Tiefenanalyse unterzogen werden. Zusätzlich zur Diagnose erarbeiten die Konfliktparteien eine Prognose sowie Therapien in einem dynamischen Prozess. Hierbei orientieren sich die Friedensfachkräfte am Konfliktdreieck, das einen Konflikt als dreistellige Relation reflektiert.



Wenn sich durch Machteinsatz nur eine Partei auf Kosten der anderen durchsetzt, herrscht Gewalt, die sich durch Rache und Revanche verstetigen kann. Wenn durch wechselseitige Gewaltandrohung die Parteien gelähmt sind, liegt MAD vor, ein Gleichgewicht des Schreckens wechselseitiger Androhung totaler Vernichtung (z. B. intendierte Abschreckung durch Atomwaffen). Es gibt nur noch Verlierer. Manchmal dient Rückzug (weder-noch) als Übergangslösung, wobei keine Konfliktpartei ihre Ziele erreichen kann (Bsp.: Die UN verwalteten ein umstrittenes Gebiet im Kosovo selbst). Ziel der Konflikttransformation ist die positive Transzendenz, bei der alle Parteien ihre Ziele und manchmal sogar darüber Hinausgehendes erreichen. Beglückende Kooperation wird verstetigt (MAB). So einigten sich die Regierungen von Ekuador und Peru im Streit um ein Territorium nach drei Kriegen auf eine binationale Zone, die als Naturpark gestaltet wurde. Beide Staaten, die Natur und die ganze Menschheit profitieren davon.



Für eine Konflikttransformation reicht es nicht aus, nur auf der Verhaltensebene Gewalt durch Gewaltfreiheit zu ersetzen. Die Überwindung kultureller Gewalt, die Gewaltverhältnisse legitimiert, und die Überwindung struktureller Gewalt, die als latenter Prozess Lebensqualität mindert und Leben schädigt, sind zur Friedensschaffung unabdingbar. In diesen Dialogprozess bringen die Friedensfachkräfte selbst eine Haltung der Gewaltfreiheit und Empathie ein und bemühen sich zusammen mit den Konfliktpar-



teien um größtmögliche Kreativität zur Transformation des Konflikts und von Gewaltstrukturen. Bewusstwerdungsprozesse sind in diesem gesamten Prozess zentral.

Eine Entwicklungs- und Zivilisationstheorie zur Tiefenanalyse und Transformation von Konflikten und zur Friedensbildung

Meist verstecken sich Gewaltstrukturen hinter langen Kausalitätsketten, in denen die Urheber struktureller Gewalt nicht mehr sichtbar sind. Konsequenterweise bietet Galtung eine **Entwicklungstheorie** an, die sechs ökonomische Schulen unterscheidet, um Unbewusst-Unhinterfragtes bewusst, explizit und veränderbar zu machen. Die derzeit dominante „Blaue Schule“ des westlich-kapitalistischen Entwicklungspfades beansprucht kontrafaktisch Universalität und setzt Entwicklung schlechthin mit westlicher Entwicklung und Modernisierung, mit Wirtschaftswachstum gleich. Externalitäten – Nebenwirkungen und -bedingungen wirtschaftlichen Handelns – werden als Produzenten und Stabilisatoren struktureller Gewalt systematisch ausgeblendet. Die Natur wird als Ressource und Mülldeponie zu Grunde gerichtet. Zur Rechtfertigung der Globalisierung dieses gewalttriefenden Entwicklungspfades dient die Mainstream-Ökonomietheorie, die die Basisunterstellungen eines bestimmten Typs westlicher Zivilisation decodiert.

Ein weiterer wichtiger Baustein des Transcend-Ansatzes ist Galtungs **Zivilisationstheorie**, die verschiedene Zivilisationen auf ihre Gewalthaltigkeit hin analysiert. Zivilisation wird als Makro-Kultur verstanden, deren jeweilige Kosmologie den Code, das Programm einer Zivilisation beinhaltet. Diese Codes als selbstverständliche, unhinterfragte Annahmen über die natürliche, soziale und transpersonale Wirklichkeit sind in der Regel unbewusst. Die westliche

Zivilisation („Okzident I“) unter der Führung der USA ist geprägt von der Herrschaft ökonomischen Wachstums mit Geld an der Spitze, von dualistischem Denken, das das Böse außen überall auf der Welt identifiziert (Heiden, Kommunisten, Terroristen, Islamisten...) und gewaltsam bekämpft. Die westliche Tiefenkultur ist von zwei Syndromen geprägt: von DMA – Dualismus-Manichäismus-Armageddon – und dem kollektiven „Megalo-Paranoia-Syndrom“ AMT – Auserwähltheitsglauben-Mythos-Trauma. Sie machen den Okzident I zur brutalsten Weltsicht.

Zur Transformation dieser kulturellen und strukturellen Gewalt braucht es nach Galtung abertausende Friedensfachkräfte, unzählige Dialog- und Friedensbildungsprozesse weltweit und auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Für den Transcend-Ansatz hat Frieden nicht Ereignischarakter. Frieden erfordert einen ständigen Prozess der Bewusstwerdung und Veränderung – auch der Tiefenkultur und der gesellschaftlich-ökonomischen Strukturen. Frieden hat unabschließbare Transformationsprozesse emergierender Konflikte zur Aufgabe.

** Die Friedensmosaiksteine von Brigitte Ehrich sind zum besseren Verständnis der Säule „Resiliente Demokratie“ aus dem Szenario „Sicherheit neu denken“ zu lesen.*

¹ Galtung, J. (2007). Konflikte und Konfliktlösungen. Die Transcend-Methode und ihre Anwendung. Werder an der Havel: Kai-Homiius S.28

² Ein Beispiel für DMA ist die Struktur von Western-Filmen: Der Gute kämpft gegen den Bösen, der in einem final show-down besiegt wird. DMA durchzieht auch die US-amerikanische Politik: Reagans Kampf gegen das „Reich des Bösen“ (Sowjetunion) oder der Krieg gegen den Terror. Die Zeitvorstellung ist linear-begrenzt: Am Ende der Zeit findet die Schlacht bei Armageddon, die Apokalypse statt, der das Friedensreich Christi folgt. Ein Beispiel für AMT: USA als „Gods own country“, als Leuchtfackel der Freiheit und Demokratie. Trauma: Vietnam, 9/11, Afghanistan.

Vivienne Waldrapps Vogelperspektive: RAUSGEFLOGEN !

von Jürgen Dornis

Im Alten Ägypten galt der Waldrapp als Lichtbringer und Verkörperung des menschlichen Geistes – in Deutschland und weiten Teilen Europas hingegen als Delikatesse; er wurde während des 30jährigen Krieges ausgerottet. Erst in unserem Jahrhundert begann seine Wiederausiedlung in Europa, seit 2017 auch in Heiligenberg und Überlingen. Die Waldrappdame Vivienne ist das Maskottchen unseres Vereins und bereichert unseren Newsletter in unregelmäßigen Abständen mit ihrer Kolumne.

Also ehrlich: Ich möchte mit euch Menschen nicht tauschen. Wir Vögel fliegen einfach los, wohin wir wollen, ohne Pass und Papiere, ohne Flugschein und Start- oder Landegenehmigung. Da bin ich ja mal froh, dass ich Waldrapp bin und keine - afghanische Ortskraft. Die haben euch ihre Sicherheit anvertraut – und ihr habt sie sitzen lassen. Bei euren



Foto: HP Walter



Feinden, den Taliban. Allein kommen die da nicht raus. Und *Rausfliegen* ist nicht mehr. Jahrelang haben sie euch gedient – und ihr lasst sie einfach sitzen. Sie haben alle Papiere, die ihr und die Taliban sehen wollt – und doch dürfen sie nicht (mehr) *fliegen*.

Ich versteh das noch nicht ganz mit Afghanistan: Seid ihr da *rausgeflogen* oder seid ihr freiwillig abgezogen – also schon auch geflogen, ja *rausgeflogen* aber halt freiwillig. Ich weiß ja nicht, ob Ihr überhaupt irgendwas freiwillig tun könnt; ihr tut's halt, weil's Euer großer Bruder tut.

So richtig geklappt hat's ja nicht mit dem *Rausfliegen*. In früheren Zeiten hat Mann ja zuerst Frauen und Kinder gerettet, aber heute bringen sich die Soldat*innen erst mal selbst in Sicherheit. Und ihre Ausrüstung natürlich, also Bierkisten usw. Aber nix für ungut: Die Taliban trinken ja kein Bier, das Mitnehmen zeugt schon von interkultureller Kompetenz. Vielleicht hat ja eine der vielen Beraterfirmen Eures „Verteidigungsministeriums“ eine entsprechende Empfehlung erarbeitet. Für 100 Millionen Euro Beraterverträge muss das ja schon auch drin sein. Aber das *Rausfliegen* eigentlich ja auch noch. Die Franzosen haben ja schon seit Monaten ihre einheimischen Mitarbeiter evakuiert, aber Ihr habt gewartet, bis die anderen alle auch fliegen – egal, was Eure Botschaft sagt. Und wenn *die andern* gar nicht geflogen wären? Jedenfalls wollten Euer Heiko und AKK wohl nicht als *Weicheier (sic!)* dastehn. Für's Botschaftspersonal und sonstige Deutsche hat's ja noch gereicht, leiderleiderleider nicht mehr für alle „Ortskräfte“ mit Frauen und Kindern. Genau gesagt, habt ihr 500 gerettet und über 40.000 im Stich gelassen. Sie haben zwar das Ticket, aber keiner *fliegt* mehr. Immerhin sind Eure Soldat*innen und Euer Bier in Sicherheit, sind ja schließlich auch Leitsterne Eurer Kultur. Die Afghanen kommen da eher als Risikofaktor vor. Aber wenn das mit dem *Rausfliegen* nicht geklappt hat: Sollten dann nicht wenigstens AKK und Heiko aus dem Kabinett.....? Irgendwie seid Ihr Menschen halt doch *flugunfähig*.

Wir Vögel fliegen ja auch viel hin und her, aber trotzdem versteh ich nicht, warum Ihr da überhaupt rein geflogen seid. Ja, der Osama bzw. seine Leute sind bei Eurem großen Bruder zuerst *rein* geflogen. Für den Uncle Sam war das natürlich echt heftig: Fast 2800 Todesopfer durch ausländische Terroristen und noch dazu islamistische – das sind ja fast 10 % der jährlichen Schusswaffenopfer durch die eigenen Bürger! Und drum hat der große Bruder gesagt: Inländischer Terror=innere Angelegenheit, aber ausländischer Terror=Krieg. Und dann habt ihr ihm helfen müssen. Habt Ihr ja auch brav gemacht, 20 lange Jahre lang. Auch nachdem Osama und viele andere von den *Bösen* längst von Eurem großen Bruder *exekutiert* worden waren. CDU/CSU,

SPD, Grüne und FDP: *fast* alle Eure demokratischen Parteien haben Eure *Freiheit am Hindukusch* verteidigt. Und natürlich den Afghanen mit Eurer Invasion Demokratie und Menschenrechte gebracht. Und jetzt auf einmal mag Euer großer Bruder seine Freiheit und Demokratie ganz für sich behalten und nicht mehr auch den Afghanen beibringen – und dann wollt Ihr Eure Freiheit auch nicht mehr am Hindukusch verteidigen und das mit der Demokratie und den Menschenrechten geht Euch grad sonstwo vorbei. Grad so wie sonstwo auf der Welt auch.

Ist ja nicht so schlimm, dass Eure Regierung da 50 Milliarden Euro in den Sand gesetzt hat, beim großen Bruder waren's ja weit über 1000 Milliarden. 59 deutsche Soldat*innen sind halt umsonst gestorben – und 240.000 weitere Menschen: Amerikaner und NATO-Soldaten, Söldner, Al Qaida-Kämpfer und vor allem Afghanen (Taliban, „Sicherheitskräfte“ und Zivilisten: Männer, Frauen und Kinder, denen ihr ja Freiheit und Demokratie bringen wolltet). Noch mehr wurden verletzt, über 6 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Und in Guantanamo (und natürlich in Afghanistan selbst) hat euer großer Bruder wohl auch umsonst gefoltert.

Aber das wollen sie jetzt alles *aufarbeiten* – nur: wie macht man das denn? In Zukunft keine Kriege mehr führen, keine anderen Länder überfallen im Namen von *freedom and democracy*? Aber dann braucht Ihr ja auch keine Aufrüstung mehr und keine Rüstungsfirmen. Ob Euch das Euer großer Bruder erlaubt? Oder ist es so, dass man / frau – und vor allem euer Armin - euch mal wieder so richtig verarscht? Damit ihr in Zukunft auch ohne großen Bruder so eine Evakuierung stemmen könnt, sagt Armin, sollt ihr 2% eurer Wirtschaftsleistung für Rüstung ausgeben – also 40% mehr als bisher! 20 Milliarden mehr im Jahr, um einen Flughafen zu sichern?! - Armin will, dass jetzt noch mehr aufgerüstet wird, damit ihr den großen Bruder noch besser unterstützen könnt, wenn er *sagt*, dass seine Sicherheit bedroht sei. Und dann könnt ihr eure - oder seine - Sicherheit ja nicht nur am Hindukusch verteidigen, sondern *überall*, wo es Erdöl und seltene Erden, Kobalt, Lithium, usw. gibt. Aber dann werdet ihr auch noch einige Afghanistans erleben....

Ihr habt ja am 26. September die Wahl. Wählt Ihr die *Kriegs- und Rüstungstreiber* grad wieder? Welche eurer demokratischen Parteien haben immer wieder dem Afghanistan-Einsatz zugestimmt? Schon wieder vergessen? Also mein kleines Vogelhirn hält das nicht mehr aus, so langsam wächst mein Zweifel am *homo sapiens*...

Eure



Vivienne



Aktuelles

► Zum Auftakt des **Internationalen Bodensee-Friedensweges in Bregenz am Ostermontag, 18. April 2022** startet Bernhard Amann von der Vorarlberger Vorbereitungsgruppe am 18.9.21 zu einer Bodensee-Rundtour mit dem Fahrrad und der Friedensfahne. Er macht an verschiedenen Orten Halt, um für den Ostermarsch zu werben. Erste Station ist die Veranstaltung zum UNO-Weltfriedenstag in St. Gallen am Samstag, 18.9. Weitere Stationen sind in Konstanz, Überlingen, Friedrichshafen, Kressbronn und Lindau, mit dem **Besuch der Ausstellung FRIEDENSKLIMA!**, geplant. Am 21.9.21 wird er wieder in Bregenz empfangen werden.



► Wie schon im August-Newsletter veröffentlichen wir einen **Leserbrief von Pfr. i. R. Friedrich Gehring**, der auf einen Artikel in der Frankfurter Rundschau Bezug nimmt. Dort wurde berichtet, dass Afghanistan-Veteranen den erfolgten Rückzug der Truppen bedauern und kritisieren. Dazu Friedrich Gehrings Überlegungen, mit denen er auf die Bombardierung von 2 Tanklastern in Kundus Bezug nimmt, die als eine der blutigsten Militäroperationen gilt, die von Deutschen seit 1945 verübt wurden, weil mehr als 100 Zivilisten zu Tode kamen.

Den wütenden Afghanistanveteran:innen, die im Rückzug jetzt „Verrat“ sehen und sich „nach Rechtsaußen“ zu radikalisieren drohen, sollte dringend bewusst gemacht werden, was ihr Job in Afghanistan wirklich war. Der Generalbundesanwalt stellte am 16.4.2010 fest, dass der deutsche Oberst Klein am 4.9.2009 bei Kundus Bombertiefflüge zur Warnung für Zivilisten ablehnte, weil er wollte, dass „die anwesenden Taliban-Anführer getroffen würden, ... durch deren Tötung er eine merkbare Schwächung“ der Taliban erwartete. Zugleich wird erklärt, dass trotz solcher Tötungen eine „nachhaltige Schwächung“ der Taliban nicht erkennbar sei. Die jetzt Wütenden hätten schon damals ihre Wut

auf die Regierenden so ausleben können [...] Wer Taliban als seine Gegner tötet, sollte sich von Jesus warnen lassen, dass diese dann eben auch wieder ihre Gegner töten (Mt 26,52). Jetzt muss man mit den Taliban über die Schonung Verbündeter verhandeln und kann dies im besten Fall mit Hilfgeldern für die leidende Bevölkerung bezahlen. Diese Gelder hätten schon 2001 eingesetzt werden können, um den Unterschlupf von Terroristen zu verhindern. Aus dem Scheitern der stattdessen gewählten Kriegslöge müssen jetzt die Konsequenzen gezogen werden. Johann Wadepuhl [MdB aus Schlswg.-Hlsl.] preist die Leistungen der Bundeswehr in der Pandemie und bei der Flutkatastrophe. Das ist aber etwas ganz anderes als der Afghanistankrieg. Die jetzt Wütenden sollten sich für das Programm „Sicherheit neu denken“ der badischen Landeskirche engagieren, das die Umwandlung der Bundeswehr zu einer waffenlosen Friedensorganisation bis 2040 anstrebt.

► Für den 08.10. ist bei Heckler & Koch in Oberndorf eine Blockadeaktion geplant, zu der das Aktionsbündnis Rheinmetallentwaffnen um Beteiligung bittet. Weitere Informationen auf Instagram: <https://www.instagram.com/rheinmetallentwaffnen/> und Facebook: <https://www.facebook.com/RheinmetallEntwaffnen/>

► Wer sich über politische Ereignisse in der Bodenseeregion informieren möchte und in den sonstigen Medien eine kritische Berichterstattung vermisst, dem empfehlen wir das Online-Magazin Seemoz aus Konstanz: <https://www.seemoz.de/>

► Am 15.08. berichtet die Zeitung DIE WELT in ihrem online-Portal, dass sich die Bayerische Landesbank aus der Rüstungsfinanzierung zurückziehen will. Ein erfreuliches Beispiel, das hoffentlich auch von anderen Bundesländern bald verfolgt wird: <https://www.welt.de/wirtschaft/article233146365/BayernLB-will-Ruestungsfir-men-kein-Geld-mehr-gehen.html>





Termine 2021 regional und überregional

10./11. September

ZUKUNFT JETZT! Nachhaltigkeitstage auf der Gartenschau Lindau beim FRIEDENSKLIMA! mit Abschlusskonzert von **Grupo Sal** am **11.9. 18 Uhr**.

FRB, Friedensräume und weitere Organisationen

16. September

Überparteiliches Wahlpodium mit Andreas Zumach zur Bundestagswahl in Überlingen am 16.9.2021, eingeladen sind je ein*e Vertreter*in der Parteien CDU, SPD, GRÜNE, LINKE und FDP

18. September

UN-Weltfriedenstag in St. Gallen. Frieden-Ostschweiz

18.-21. September

Ankündigung Bodensee-Friedensweg 2022
Start und Ziel in Bregenz, Radtour um den See.

16./17. Oktober

Tagung Lebenshaus Schwäbische Alb, Gammertingen

24. Oktober:

Einweihung der Friedenslinde in Überlingen

10. November

„Sind wir nur mit Waffen stark?“

Podiumsdiskussion zu Sicherheitspolitik kontra Friedenspolitik.“ mit Major a.D. Florian Pfaff, dem Theologen Dr. Theodor

Ziegler und einem ehemaligen Berufssoldaten, FRB, Friedens-tisch, DFG-VK.

19:30 h Überlinger Friedensdekade

11. November

Oberschwäbische Friedenswochen Vortrag von Andreas Zumach: Konfrontation mit Russland als Dauerzustand? Was ist nötig für eine Deeskalation?

19:00 Uhr, Ravensburg, Gemeindesaal Dreifaltigkeit

Monatliche Termine 2021 des AK Friedensregion Bodensee

13.9., 18.10., 15.11., 13.12.2021

in Überlingen, Paul-Gerhardt-Haus, Jasminweg 19, Beginn um 18 Uhr.

Gäste und Interessent*innen sind willkommen - bitte bei christian.s.harms@gmx.de anmelden

Lindau: jeden Freitag von 18 - 18.30 Uhr

Schweigekreis für Klimaschutz, Frieden und Gerechtigkeit vor dem Alten Rathaus. Teilnahme für jede*n möglich.

BFW: www.bodensee-friedensweg.org

FRB: Friedensregion-Bodensee.de, info@friedensregion-bodensee.de

VVN-BdA: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten und Antifaschistinnen

IMPRESSUM

Der Newsletter wird herausgegeben von der Friedensregion Bodensee e.V.,

Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese M.A.

Altmanweg 8, 88079 Kressbronn, Telefon: 07543/547343

-  Internet: www.friedensregion-bodensee.de
-  E-Mail: friedensregion.bodensee@gmail.com
-  Facebook: www.facebook.com/groups/1375301249210262/
-  Instagram: www.instagram.com/friedensregionbodensee/

Wenn Sie den Newsletter abbestellen möchten, schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben angegebene Adresse.

Anregungen und Kritik sind gleichermaßen willkommen.

Wir verweisen auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf unserer Homepage. Ihre Mailadresse verwenden wir ausschließlich zum internen Gebrauch.

Gestaltung: Andrea Küntst

Unsere Vereinsarbeit steht zwar noch auf soliden Finanzfüßen, doch wachsende Aufgaben benötigen konsequenterweise eine erweiterte Finanzierung. Friedenspolitik und Friedensbildung als Voraussetzung von Frieden bedürfen notwendigerweise einer soliden Finanzierung. Während es bisher immer noch selbstverständlich erscheint, dass es ein eigenes Ministerium gibt, in der BRD nennt es sich nach dem 2. Weltkrieg "Verteidigungsministerium" mit einem beträchtlichen eigenen Etat, welcher alljährlich unglaubliche Milliardenbeträge erhält, gibt es auf der anderen Seite kein "Ministerium für Frieden und friedliche Zusammenarbeit" oder Ähnliches mit eigenem Etat, aus dem wir uns für unsere Friedensarbeit würden "bedienen" können.

Und so bitten wir Sie herzlich um eine Spende (einmalig) oder um einen regelmäßigen Förderbeitrag, damit wir die Arbeit fortsetzen und ausbauen können.

Im Folgenden unsere Bankverbindung.

IBAN: DE62 4306 0967 8245 8663 00

BIC: GENODEM1GLS.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung! Selbstverständlich erhalten Sie eine Spendenquittung, da der Verein als gemeinnützig anerkannt ist.